

Richard Schröder

Die Bedeutung der Kirche für die Entwicklung zur Demokratie

Die evangelische Kirche in der DDR war innerhalb des „sozialistischen Lagers“ ein Sonderfall. Nur in der DDR waren die Kommunisten mit einer weit überwiegend protestantischen Bevölkerung konfrontiert, 1949 waren das 90 Prozent. Die Erfahrungen der sowjetischen Kommunisten mit der Russisch-Orthodoxen Kirche passten da nicht recht. Während für den orthodoxen Gottesdienst die Liturgie das Entscheidende ist, hat der evangelische in der Predigt sein Zentrum. Neben dem Gottesdienst sind für protestantische Kirchen Gemeindekreise, Jugendarbeit, Bildungsarbeit (Schulen, Studentengemeinden, Akademien) und soziale Arbeit („innere Mission“, Diakonie) charakteristisch, die sich zumeist „von unten“, als christliche Bürgerinitiativen sozusagen, gebildet hatten. Während jene streng hierarchisch aufgebaut ist, hat sich im Protestantismus das synodale Prinzip der Kirchenparlamente durchgesetzt, deren Mitglieder zur Hälfte keine Theologen, sondern „Laien“ sind. Während für jene die Klöster, aus denen die Bischöfe kommen, die geistlichen Zentren sind, werden protestantische Pfarrer an Universitäten und akademischen Hochschulen ausgebildet. Während jene die Theologie der antiken Kirche reproduzierte, hat sich die protestantische Theologie in Auseinandersetzung mit der Aufklärung und der Moderne artikuliert. Deshalb verfiel die plumpe antireligiöse Propaganda der Kommunisten, die sich nach einer Empfehlung Lenins an Argumenten der französischen Aufklärer orientierte, wenig. Diese Argumente waren in den Kirchen längst bekannt und bedacht. Man lernte sie im Theologiestudium kennen. Während die russischen Kommunisten 1917 mit einer Kirche konfrontiert waren, die aufs engste mit dem Zaren und den vormodernen Lebensverhältnissen verbunden war, war im deutschen Protestantismus die Verbindung von Thron und Altar bereits 1919 gelöst worden. Nach 1945 wurden die Männer und Frauen der Bekennenden Kirche tonangebend mit ihren Erfahrungen aus dem (jedenfalls geistigen und geistlichen) Widerstand gegen die Nazidiktatur. Die Theologie Karl Barths und Dietrich Bonhoeffers waren für die Kirchen in der DDR sehr wichtig. Während jene streng hierarchisch organisiert war, ist der Protestantismus in Deutschland föderal organisiert (Landeskirchen), was nicht immer ein Segen ist. Und bis 1968 war diese föderale Organisation gesamtdeutsch (EKD). Weil die gesamtdeutschen Gremien nach dem Mauerbau nicht mehr gemeinsam tagen konnten, wurde 1968 der „Bund evangelischer Kirchen in der DDR“ gegründet. Ein zweiter Grund war der, dass die neue Verfassung der DDR Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche vorsah und der Staat die EKD seit dem (westlichen) Militärseelsorgevertrag nicht mehr als Verhandlungspartner akzeptierte. Trotzdem blieben intensive Kontakte zwischen östlichen und westlichen Kircheleitungen und Gemeinden bestehen, in einem System von Partnergemeinden, die nach 1990 oft zu kommunalen Partnerschaften ausgeweitet wurden. Die finanzielle Unterstützung der ostdeutschen Kirchen erlaubte diesen, ihre Pfarrer selbst zu

bezahlen (in anderen sozialistischen Ländern hat das der Staat gern übernommen, um bestimmen zu können, wer predigen darf) und eigene kirchliche Hochschulen zu unterhalten, die vom Staat nicht als solche anerkannt wurden und also auch nicht dem Hochschulministerium unterstanden, was eine eigentümliche Freiheit durch Diskriminierung ergab. Der großenteils illegale Import von Fachliteratur machte die Kirchlichen Hochschulen zu den einzigen Orten einer freien Bildung in der DDR.

Die sowjetische Besatzungsmacht hat die Kirchen wohlwollend behandelt, da sie sie dem antifaschistischen Widerstand zurechnete, was geschmeichelt war, denn es gab ja auch die Deutschen Christen, die aber nach 1945 ihren Einfluss verloren. Aber 1953 eröffnete die SED eine Kampagne gegen die Kirchen, die sich besonders gegen die Mitglieder der Jungen Gemeinde und der Studentengemeinde richtete. Etwa 3000 Oberschüler wurden damals relegiert, etwa 70 kirchliche Mitarbeiter waren inhaftiert. Diakonische Einrichtungen wurden enteignet. Aber nach Stalins Tod hat die Sowjetunion ihre Deutschlandpolitik radikal geändert und die DDR-Regierung gezwungen, ihre repressive Politik abzubauen. Weil sie bei dieser Rücknahme der Repressionen die Normerhöhung für die Arbeiter nicht zurückgenommen hatte, kam es zum Aufstand des 17. Juni. Trotzdem hat die SED erfolgreich eine Politik der Entkirchlichung betrieben, die neben den gesamteuropäischen Säkularisierungstendenzen die Kirchenmitgliedschaft 1989 auf 20 bis 30 Prozent reduziert hatte. Bei der letzten Volkszählung 1964 waren es noch 74 Prozent.

Die in der Sowjetunion geschulten Funktionäre der SED haben sehr lange gebraucht, um den Unterschied zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und dem deutschen Protestantismus zu begreifen und schließlich die Versuche eingestellt, das kirchliche Leben auf „Kult“ und Diakonie zu begrenzen, also alle anderen kirchlichen Veranstaltungen der staatlichen Genehmigungspflicht zu unterwerfen. Die Kirchen haben entsprechende Bestimmungen ignoriert und solange Strafe gezahlt, bis sie aufgehoben wurden. Die SED blieb aber von Anfang bis Ende der Überzeugung, dass die Kirche erstens "die einzige Institution im Sozialismus (ist), die nicht dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung entspricht, aus ihr nicht erwächst und für den Sozialismus und seine Entwicklung überflüssig ist" (so ein SED-Funktionär in seiner Geheim-Dissertation 1983), und dass die Kirche zweitens das Sammelbecken der feindlich-negativen oder gar konterrevolutionären Kräfte sei, der Brückenkopf des Imperialismus usw. In den Stasi-Dokumenten hält sich diese Terminologie bis zuletzt durch. Nun zum Herbst 1989.

Die evangelischen Kirchen haben weder eine Revolution angestrebt und sie schon gar nicht organisiert. Sie haben Reformen angemahnt, meist allerdings vergeblich. Trotzdem haben sie erhebliche Verdienste an der Herbstrevolution. 1. Seit den 80er Jahren bildeten sich verstärkt Gruppen unter dem Dach der Kirche, die sich mit den Themen Frieden/Abrüstung, Umwelt und Dritte Welt beschäftigten. Das waren die Themen, die auch im Westen namentlich die Grünen

bewegten. Und es waren Themen, die die SED nicht als konterrevolutionär verdammen konnte, da sie diese sich selbst auf die Fahnen geschrieben hatte, freilich in anderer Intonation. Getragen wurden diese Gruppen von Jüngeren, die vom Schock des 17. Juni 1953 nicht mehr gelähmt waren. Eher unbeabsichtigt vermieden sie die damaligen Themen: Wiedervereinigung, freie Wahlen, Freiheit für politische Gefangene, auf die die SED immer hart reagiert hat. Diese Gruppen sind nicht leicht zu charakterisieren. Jens Reich unterhielt einen Zirkel von Intellektuellen mit anspruchsvollen Themen. Das war eher die Ausnahme. Gemeinsam war aber allen eine Sensibilität für Probleme in Nah und Fern, die die Normalbürger lieber verdrängten. Manche stilisierten sich als Aussteiger und bewusst antibürgerlich.

Das Verhältnis zu den Kirchengemeinden war nicht unproblematisch, oft sogar spannungsreich, weil die Gruppenaktivitäten die Kirchengemeinden ins Visier der Behörden und der Stasi rückten. Aber indem die Kirchen erklärten, sie seien Teil der kirchlichen Arbeit, konnten sie sie vor Zerschlagung, namenlosem Verschwinden und Ausweisung schützen (nicht aber vor Unterwanderung durch die Stasi). Denn die Bundesregierung, von deren gutem Willen die DDR zunehmend abhängig wurde, weil sie Westkredite brauchte, betrachtete das Verhältnis der SED zu den Kirchen als ein Kriterium für das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten.

2. Diese Gruppen vernetzten sich informell und überregional und begannen, Papiere zu vervielfältigen und Samisdat-Zeitschriften zu gründen, was illegal war. Als die Stasi dennoch einzelne verhaftete, insbesondere bei der Aktion gegen die Berliner Umweltbibliothek und gegen die ungebetenen Teilnehmer der offiziellen Liebknecht- und-Luxemburg-Demonstration 1988 (mit dem Plakat: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ Rosa Luxemburg), konnten durch Fürbittgottesdienste und Kontakttelefondienste innerkirchliche Öffentlichkeit hergestellt und das namenlose Verschwinden verhindert werden. Die westlichen Medien mit ihren Vertretern in der DDR machten diese Aktivitäten zudem deutschlandweit und, was noch wichtiger war, DDR-weit bekannt. Sie brachen so das Informationsmonopol der SED-Medien. Auf diesem Wege erst erfuhr die DDR-Bevölkerung von jenen aufsässigen jungen Leuten unter dem Dach der Kirche.

Anders als die Solidarnosc in Polen waren die Oppositionellen in der DDR, die sich selbst nie so nannten und nur im Westen Bürgerrechtler genannt wurden, nicht im Volk verwurzelt, sondern von sehr vielen eher belächelt, wenn nicht als Bürgerschreck und Unruhestifter abgelehnt. Sie waren nicht repräsentativ. Aber Christen und Nichtchristen sammelten sich in dem gemeinsamen Bestreben, die Missstände in der DDR nicht wortlos hinzunehmen.

3. Von sehr großer Bedeutung wurden die drei Tagungen der „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ Herbst 1988 bis Frühjahr 1989, bei denen sich erstmals Vertreter der Kirchen

und der Gruppen zusammenfanden und Texte zu jenen politischen und gesellschaftlichen, auch internationalen Problemen formulierten. Sie gingen an die Gemeinden und wurden nach Rückmeldungen noch einmal überarbeitet. Der Text „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ ist wohl der ausführlichste und kritischste Text zu den DDR-Verhältnissen, der vor der Herbstrevolution formuliert wurde.

Diese Ökumenischen Versammlungen waren aber auch aus einem anderen Grunde wichtig. Jene informellen Gruppen pflegten face-to-face-Kommunikation, es waren oft wenig effektive Diskutierclubs. Für diesen Stil war die Ökumenische Versammlung schlicht zu groß. Hier musste nach Geschäftsordnung, Tagesordnung und Redezeitbegrenzung und mit Protokoll gearbeitet werden, für viele ein Schock, aber zugleich die erste Begegnung mit geordneter Versammlungsleitung, eine wichtige Vorübung für die Herbstrevolution. Die kirchlichen Synoden waren der einzige Ort in der DDR, in der noch parlamentarische Praxis geübt wurde.

4. Im Herbst 1989 entstanden aus dem Milieu dieser Gruppen die ersten Bürgerbewegungen, die nun das Dach der Kirchen verließen und in die Öffentlichkeit traten. Für die Herbstrevolution waren sie in dreierlei Hinsicht wichtig. Sie beförderten die öffentliche Diskussion ungemain. Die ersten Demonstrationen gingen meist von Friedensgebeten aus wie die Montagsdemonstrationen in Leipzig. Dass diese friedlich blieben, obwohl die Sicherheitskräfte zunächst brutal zuschlugen, ist der Besonnenheit jener Gruppen und ihren Erfahrungen im gewaltfreien Widerstand zu verdanken. Eine Revolte hätte die SED sofort niedergeschlagen, denn darauf waren die Sicherheitskräfte trainiert. Und drittens hätte es ohne die Gruppen keinen Runden Tisch gegeben, zu dem die Kirchen als Moderatoren Anfang Dezember einluden. Wer sonst hätte auf der anderen Seite Platz nehmen sollen?

5. Ein wichtiger Punkt wird meist übersehen. Die SED-Genossen lebten in der Angst vor einer Konterrevolution, die sie sich so vorstellten, wie Kommunisten Revolutionen gemacht hatten: die Gegner an die Wand stellen und erschießen. Sie befürchteten, Opfer zu werden. Oppositionelle berichten aus ihren Verhören, dass ihnen gesagt worden ist: wenn ihr an die Macht kommt, werdet ihr uns liquidieren. Daher der abgrundtiefe Hass. Nach dem 17. Juni 1953 hatten die SED-Funktionäre vom Kreissekretär aufwärts persönliche Waffen. Bei hinreichen vielen SED-Genossen hatte sich aber nach und nach die zutreffende Einsicht durchgesetzt, dass die Kirchenvertreter keine Konterrevolutionäre dieses Zuschnitts sind. Die SED-Genossen haben den Kirchenvertretern zugetraut, dass sie Lynchjustiz verhindern werden. Noch in der letzten ZK-Sitzung, deren Tonbandmitschnitt veröffentlicht ist, meldete sich ein Parteiveteran zu Wort und erklärte, man hätte die Verräter des Sozialismus, die unsere Partei ruiniert haben, an die Wand stellen und erschießen sollen. Gemeint waren Honecker und die Seinen.

Heute wissen wir, dass Sicherheitskräfte im Sommer Manöver durchgeführt haben unter dem Szenario: kirchliche Kreise besetzen das Rathaus.

Es war ja noch die SED-Justiz, die Honecker verhaftet hatte, und zwar wegen „Geheimnisverrat“, ein absurder Vorwurf. Als sie ihn wieder entlassen haben und ihm eine einfache Wohnung in einem Häuserblock zugewiesen wurde, kam es zu tumultartigen Protesten der Mieter. Sie ließen ihn nicht ins Haus. Pfarrer Holmer hat ihm eine Wohnung im Pfarrhaus angeboten, also gewissermaßen Kirchenasyl. Er hat die christliche Unterscheidung von Person und Werk praktiziert, nach der jeder Mensch noch anderes ist als die Summe seiner Taten, nämlich Gottes Geschöpf. Es ist nicht bekannt, dass SED-Spitzengeossen Honecker Wohnung in ihrem Haus angeboten hätten. Da war sich plötzlich jeder selbst der Nächste.

Die Verdienste der Evangelischen Kirchen um die Herbstrevolution kann man also kurz so beschreiben. Sie haben einen gewissen Ersatz für die fehlende Öffentlichkeit bieten können. Das steht den Kirchen immer gut an, wenn sie ein Ort des freien Wortes sind, der Nachdenklichkeit und der Meinungsbildung ohne Scheuklappen. Auch viele Nichtchristen haben in der DDR die Kirchen in jener Zeit so erlebt und geschätzt, ohne freilich deshalb Kirchenmitglieder zu werden. Die Kirchengebäude wurden während der Herbstrevolution zudem Ersatz für den Marktplatz oder das Rathaus, indem sich landesweit dort zuerst die neuen politischen Bewegungen bekannt machten. Landesweit wurden Pfarrer gebeten, die lokalen Runden Tische zu moderieren. Es ist kein Zufall, dass so viele Absolventen kirchlicher Hochschulen 1989/90 politisch aktiv wurden. Das hatte nicht nur damit zu tun, dass sie in der freien Rede geübt waren, eine selten gepflegte Gabe in der DDR, sondern auch damit, dass sie ein freieres Denken ohne die ML-Scheuklappen der gestanzten Sprache des Neuen Deutschlands pflegten. In der frei gewählten Volkskammer waren Theologen überproportional vertreten, aber auch Mediziner und Techniker, deren Fächer weniger als die Gesellschaftswissenschaften ideologisch kontaminiert waren. Bei den ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai haben überproportional viele Gemeindeglieder sich zur Kandidatur bereit gefunden und damit einen breiten politischen Elitenwechsel ermöglicht.

Die Kirchen haben nicht die Revolution gemacht oder geplant. Auch die Kirchenleitenden waren von der schnellen Entwicklung zur deutschen Einheit überrascht, oft auch irritiert. Sie waren in eine komplizierte Schachpartie vertieft mit dem Ziel, die SED auf den Pfad der Tugend zu locken. Da zog ihnen plötzlich jemand das Schachbrett weg. Da starrten manche verstört auf den Figurensalat. Aber ohne die Kirchen und die Christen hätte der Herbst 89 auch anders verlaufen können, nämlich so, wie die SED es (vergeblich) versucht hat: durch halbe und Scheinreformen die führende Rolle der Partei sichern und sich selbst scheinernuern. Die Strategie konnte auf Dauer nicht aufgehen, schon wegen des ökonomischen und finanziellen Desasters, das die SED angerichtet hatte, und nach dem Mauerfall wegen der offenen Grenze. Aber es konnte ein gedehnter und

zermürbender Prozess werden und dann war eine explosive Situation nicht ausgeschlossen. Die aber hätte durchaus noch die sowjetischen Truppen zum Eingreifen bewegen können. Gelegentlich sollten wir uns auch dessen erinnern, was hätte passieren können, aber nicht passiert ist. Das stärkt die Freude über die Freiheit in Einheit oder Einheit in Freiheit.

Aus der Geschichte zu lernen ist sehr schwierig, denn sie wiederholt sich nicht. Manche wollen aus dem Herbst 1989 gelernt haben, wie man eine Diktatur zu Fall bringt, nämlich durch gewaltlosen Widerstand. Sie wollen das als totsicheres Rezept exportieren. Da irren sie. Denn gegen Panzer und Maschinenpistolen sind Zivilcourage und Gewaltlosigkeit machtlos. Erfolg haben sie nur, wenn eine Diktatur Beißhemmungen hat und auf die öffentliche Weltmeinung Rücksicht nehmen muss, siehe den Platz des Himmlischen Friedens in Peking 1989.

Ich ziehe zwei andere Lehren aus dieser Geschichte:

1. Wenn die Kirche bei ihrer Sache bleibt, kann sie unerwartet und plötzlich einmal hier und einmal da gesellschaftlich nützlich sein. Wenn sie es darauf anlegt, um jeden Preis gesellschaftlich nützlich zu sein, könnte diese Absicht sich selbst verhindern.
2. Mensch denkt, Gott lenkt. Oder mit Wilhelm Busch: erstens kommt es, zweitens anders, drittens aber als man denkt. Nichts gegen Planung und vorausschauendes Handeln! Aber wir können weder unsere Biographie noch gar die Geschichte perfekt planen und dann durchführen wie einen Hausbau, bei dem es übrigens auch öfters zu knirschen pflegt. In all den Unwägbarkeiten des Lebens können wir aber einen Halt haben. Der christliche Glaube ist wie das Seil eines Bergsteigers. Es hält ihn, aber es lässt die Hände frei zum Klettern, selber klettern. Und es fängt ihn auf, wenn er sich vergreift und stürzt. Keiner von uns und auch nicht die Politik oder die Wirtschaft sind vor Stürzen sicher. Wer dann einen Halt hat, kann leichter den kühlen Kopf bewahren.
„Gottes sind Wellen und Wind.
Aber Segel und Steuer
sind euer,
Dass ihr den Hafen gewinnt.“